

(Jochen Haußmann)

Das ist gar keine Frage. Es ist auch ganz wichtig. Aber wir haben nicht ein Wort dazu gehört, wie man gemeinsam an die Sache herangeht, wie man sie unterstützen will. Das ist die Projektförderungspflicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Frau Kollegin Sitzmann, Sie betreiben immer wieder Augenschere, wenn Sie sagen, es gehe ein bisschen um das Wie, aber es sei alles in Ordnung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es geht nicht ein bisschen um das Wie, sondern es geht entscheidend um das Wie!)

– Dann frage ich mich, warum die Grünen nach wie vor bei den Gegnern aktiv mitmischen.

Sie sagen, Sie hätten gute Kontakte zum BUND. Bei den Eilanträgen, die gestellt werden, muss man sich schon einmal fragen – man muss sich auch nicht wundern, wenn es Stimmen gibt, die diese Frage aufwerfen –, ob diese Aufgabe überhaupt noch der Satzung des BUND entspricht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Deshalb wundert es mich nicht mehr, wenn es Stimmen gibt, die fragen, ob die Gemeinnützigkeit des BUND angesichts seines Engagements überhaupt noch gegeben ist.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist geprüft worden!)

Wenn Sie die Projektförderungspflicht ernst nehmen, dann sollten Sie auch in dieser Hinsicht aktiv werden und nicht weiter Öl ins Feuer gießen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, zu der Sie gelangen müssen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat auf Facebook erklärt:

*Der Konflikt um Stuttgart 21 war ein tiefer und heftiger Konflikt, der Stadt und Land mehr und mehr zu spalten drohte.*

Man kann ergänzen: Der Konflikt um Stuttgart 21 ist ein tiefer und heftiger Konflikt, der SPD und Grüne mehr und mehr zu spalten droht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es ist bezeichnend, dass der Innenminister nichts sagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Ministerpräsident auch nicht! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

#### **Einzelplan 01: Landtag**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1101**

#### **Berichterstatter: Abg. Hans-Martin Haller**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Tagesordnungspunkts 3 a eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Köbler für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Joachim Köbler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Volumen des Haushalts des Landtags beläuft sich im Jahr 2012 auf 66,7 Millionen €. Der Anteil am Gesamtetat hat sich nicht verändert. Dieser liegt bei 0,2 %.

Im Vergleich zu den Ansätzen des Jahres 2011 erhöhen sich die Ausgaben um rund 4,5 Millionen €. Hiervon entfallen 1,5 Millionen € auf die Einrichtung der Dienststelle des Landesdatenschutzbeauftragten beim Landtag.

Wesentliche Ursache für die Mehrausgaben sind die gestiegenen Personalausgaben. Diese erhöhten sich um 2,2 Millionen €. Insgesamt wird der Haushalt des Landtags stark durch die Personalausgaben dominiert. Über 70 % der in den Einzelplan 01 eingestellten Mittel entfallen auf das Personal. Gut 60 % davon sind Ausgaben für Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die restlichen Personalausgaben sind Ausgaben für die eigentliche Landtagsverwaltung und den Parlamentarischen Beratungsdienst.

Insgesamt handelt es sich im Augenblick um 189 Mitarbeiter, davon 132 in der eigentlichen Landtagsverwaltung, 44 im Beratungsdienst sowie zwei Fahrer der Fraktionen.

Durch das Vollzeitparlament sind etliche Aufgaben hinzugekommen. Somit hat sich auch die Zahl der Anträge, der Kleinen Anfragen und der Drucksachen im Allgemeinen erhöht – teilweise um über 50 %, bei den Kleinen Anfragen sogar um über 100 %.

Weitere Aufgaben müssen nach der Parlamentsreform bewältigt werden, und zwar die Prozessänderung hinsichtlich der Altersversorgung. Wir haben jetzt zwei Systeme; zwei Systeme müssen bearbeitet werden.

Von Lothar Späth stammt das folgende Zitat: „Es gibt Politiker, die meinen, von nichts etwas verstehen zu müssen, weil

(Joachim Kößler)

nur so unbefangen über alles Mögliche geredet werden kann.“ Das wollen wir so nicht. Aus diesem Grund ist eine adäquate Ausstattung des Landtags notwendig, sowohl personell als auch sächlich.

Bei den Sachausgaben ist Folgendes festzustellen: Sie erhöhen sich von 12,4 Millionen € im Jahr 2011 auf 14 Millionen €. Das sind rund 1,6 Millionen € mehr. Davon entfallen rund 500 000 € auf das 60-Jahr-Jubiläum des Landes.

Bei den Investitionen kommen 550 000 € hinzu. Dabei handelt es sich vor allem um die dringend notwendige Erneuerung der Telefonanlage des Landtags.

Meine Damen und Herren, trotz aller Ausgabensteigerungen ist unser Landtag im Vergleich zu anderen Landtagen sehr kostengünstig, ich will nicht sagen: „billig“. Wir versuchen, die Mittel effizient einzusetzen. Wir liegen umgerechnet bei Kosten von 6,05 € pro Einwohnerin und Einwohner. Damit rangieren wir kurz hinter Nordrhein-Westfalen, das bei Kosten von 5,69 € pro Einwohner und Einwohnerin liegt. Im Durchschnitt betragen die Kosten aller Landesparlamente 10,70 € pro Einwohnerin und Einwohner. In Bayern beträgt dieser Anteil 6,84 €, in Rheinland-Pfalz gar 8,65 €, was 40 % mehr sind als in Baden-Württemberg.

Setzt man die Anzahl der Abgeordneten ins Verhältnis zur Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, kommen wir auf ein Verhältnis von 1 : 1. In Bayern beträgt dieses Verhältnis 1 : 1,15 und in Nordrhein-Westfalen 1 : 1,5. Damit liegen wir auch hinsichtlich dieser Relation an der Spitze.

Man hört immer wieder, Baden-Württemberg hätte zu viele Abgeordnete. Dem will ich eine Relation gegenüberstellen, und zwar die Relation zwischen einem Abgeordneten und der von ihm im Durchschnitt betreuten Zahl an Einwohnern. In Baden-Württemberg betreut eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter 77 900 Einwohnerinnen und Einwohner; in Bayern sind es 66 900 und in Rheinland-Pfalz nur 40 000. Das heißt, insgesamt geben wir weniger Mittel als alle anderen Landesparlamente aus und betreuen als einzelne Abgeordnete im Durchschnitt mehr Einwohnerinnen und Einwohner.

Das ist ohne eine gute, effiziente Unterstützung durch die Landtagsverwaltung nicht möglich. Ich möchte Sie, Herr Präsident, bitten: Geben Sie es Ihrer Verwaltung und dem Landtagsdirektor weiter, dass wir für diese Unterstützung sehr dankbar sind, dass sie sich bewährt hat und wir uns auch in Zukunft auf sie verlassen wollen und können.

Danken will ich insbesondere dem Besucherdienst. Seine Tätigkeit insbesondere im Rahmen der Besuche von Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Erwachsenen gereicht dem Landtag sehr zur Ehre. Sehr viele Jugendliche und sehr viele Bürgerinnen und Bürger sehen hier zum ersten Mal, was wir in diesem Parlament überhaupt machen. Ich stelle immer wieder fest, dass es gut ankommt, dass wir transparent zeigen, was wir hier tun.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Bemerkungen zu dem machen, was wir in Zukunft an Projekten hier im Haus, insbesondere im Gebäude, vorhaben. Ich will eine Anmerkung von mir aus der letzten Haushaltsberatung wiederholen, denn – um mit Max Weber zu sprechen – das Bohren dicker Bretter ist in der Politik anscheinend notwendig.

Ich zitiere nochmals einen Kommentar zu § 7 Absatz 1 der Arbeitsstättenverordnung:

*Besseres Licht ist gleich bessere Arbeit.*

Das soll heißen: Gute Politik gedeiht nur, wenn Sonne, Licht und Weitblick vorhanden sind. Der Herr Präsident hat vor Kurzem gegenüber der Presse gesagt: „Gute Politik braucht Transparenz.“ Es ist auch ein Symbol für unsere Arbeit, dass wir Transparenz schaffen wollen. Gehen wir diese Chance gemeinsam an. Denn dieses Haus muss nach 50 Jahren sowohl technisch als auch energetisch saniert werden. Ich fordere Sie auf, das Projekt, das der Präsident jetzt angestoßen hat, gemeinsam mit uns zu unterstützen und nicht darüber zu streiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kößler hat dankenswerterweise

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Alles gesagt!)

– nicht alles – das Wesentliche gesagt und die wichtigen Zahlen vorgestellt. Deshalb will ich mich auch aus Gründen der Zeitökonomie auf ganz wenige Feststellungen beschränken. Man muss ja richtige Aussagen nicht wiederholen.

Wir haben ein Vollzeitparlament. Das Vollzeitparlament kommt auch im Haushalt an – im Einzelplan 01 –, keine Frage. Ich glaube, jede Kollegin und jeder Kollege kann bestätigen, dass zwischen den vorangegangenen Legislaturperioden und der jetzigen Legislaturperiode ein Unterschied spürbar ist, und zwar im Terminkalender, in der Auslastung, im Arbeitsaufkommen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen auch gar keine Scheu haben, das öffentlich zu dokumentieren. Das Parlament leistet viel, um seinen Aufgaben gerecht zu werden, und selbstverständlich hat das dann Konsequenzen bei den Sach- und Personalkosten der Landtagsverwaltung. Dazu stehen wir. Die Mittel brauchen wir für eine ordentliche Arbeit, die wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern abliefern wollen. Deswegen herrscht in dieser Frage auch Einvernehmen.

Wir haben neu – das ist uns wichtig; da haben wir auch eine wichtige Fürsorgepflicht – den Dienstsitz des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Landtag angesiedelt. Wir stehen durch die Zusammenführung des Datenschutzes für den öffentlichen Bereich mit dem Datenschutz für den privaten Bereich vor einer neuen Herausforderung. Wir wollen eine leistungsfähige, unabhängige Behörde. Einen ersten Schritt machen wir jetzt bei der Personalausstattung im Haushalt 2012. Dabei handelt es sich um eine völlig unverzichtbare Mindestausstattung. Ich bin mir ganz sicher, dass das noch nicht das Ende vom Lied war, wenn wir weiterhin gemeinsam zu der politischen Grundaussage stehen, dass wir eine starke Datenschutzbehörde für die Bürgerinnen und Bürger wollen.